

04.07.2016

Aktuelle Stunde

auf Antrag
der Fraktion der CDU

Wie schätzt die Landesregierung die Auswirkungen des „Brexit“ auf die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Vereinigten Königreich ein und welche politischen Maßnahmen gedenkt sie zu ergreifen?

Das Vereinigte Königreich gehört zu den wichtigsten Handelspartnern Nordrhein-Westfalens überhaupt. Im vergangenen Jahr exportierte die nordrhein-westfälische Wirtschaft Waren im Wert von 14 Milliarden Euro in das Vereinigte Königreich. Am gesamten Handelsvolumen Nordrhein-Westfalens hat Großbritannien einen Anteil von fast 10 Prozent. Besonders wichtig sind diese Handelsbeziehungen für die nordrhein-westfälischen Schlüsselindustrien der Automobilzulieferer, der Chemie, des Maschinenbaus sowie der Elektronik- und Pharmabranche.

Die Verunsicherung nach dem britischen Referendum ist auf allen Seiten groß. Die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen befürchtet einen erheblichen Investitionsrückgang und Probleme für den freien Warenverkehr. So stellte der Vorstandsvorsitzende der Essener DB Schenker AG in einem Interview mit *Der Westen* vom 1. Juli 2016 klar, dass sich viele seiner Kunden aktuell „große Sorgen“ machen. Der Brexit könne auch für die Logistikbranche Folgen haben. Auch die in Nordrhein-Westfalen arbeitenden Briten blicken unsicher in die Zukunft. Nach Angaben der Städte Köln und Herford seien die Anfragen von Briten, die sich für eine deutsche Staatsbürgerschaft interessieren, deutlich angestiegen (*WAZ*, 1. Juli 2016).

Die Ministerpräsidentin erklärte zu den Folgen des Brexit laut *Westdeutscher Zeitung* vom 30. Juni 2016, dass ihr dieser Sorgen bereite, es aber zu früh für eine Bewertung sei. Der Landeswirtschaftsminister äußerte sich nach Angaben der *Westfälischen Nachrichten* vom 30. Juni 2016 ebenfalls vage. Zwar seien die Handelsbeziehungen Nordrhein-Westfalens zu Großbritannien traditionell sehr eng, die Folgen des britischen EU-Austritts seien aber noch nicht konkret erkennbar. Er ergänzte: „Die Unternehmen brauchen schnell Klarheit über den weiteren Weg.“ Wenige Tage zuvor hatte der Wirtschaftsminister noch behauptet, dass die Geschäftsbeziehungen zu Großbritannien durch den Brexit „voraussichtlich nicht gefährdet“ seien.

Neben den Risiken und Nachteilen für die heimische Wirtschaft, die freilich deutlich überwiegen, scheinen sich für Nordrhein-Westfalen mit dem Brexit jedoch auch einige Chancen zu

Datum des Originals: 04.07.2016/Ausgegeben: 04.07.2016

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

eröffnen. So hat sich nach dem Bundesverband der Arzneimittelhersteller nun auch Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (*DAZ Online*, 29. Juni 2016) für den Umzug der Europäischen Arzneimittel-Agentur mit ihren rund 600 Beschäftigten von London nach Bonn ausgesprochen. Auch ein Umzug der Unternehmenszentrale des Mobilfunkkonzerns Vodafone von London nach Düsseldorf wird diskutiert (*Rheinische Post*, 30. Juni 2016).

Der Brexit ist nicht nur ein Einschnitt für die Europäische Union, sondern auch und vor allem für die Beziehungen Nordrhein-Westfalens zu seinem „Patenland“ Großbritannien. Die Landesregierung muss gegenüber der Öffentlichkeit erklären, wie sie die Folgen des Brexit für die Wirtschaft in unserem Bundesland abschätzt und durch welche Maßnahmen sie die nordrhein-westfälisch-britischen Handelsbeziehungen stärken und unsere heimischen Unternehmen bei der Bewältigung der Brexit-Folgen unterstützen will. Zudem muss die Landesregierung darlegen, wie sie die Ansiedlung von bisher in London tätigen Behörden und Unternehmen in Nordrhein-Westfalen fördern will. Der Landtag muss sich deshalb im Rahmen einer Aktuellen Stunde mit diesem Thema beschäftigen.

Lutz Lienenkämper

und Fraktion